



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Arif Taşdelen, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Stefan Schuster, Susann Biedefeld, Klaus Adelt, Horst Arnold, Ilona Deckwerth, Martina Fehlner, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Alexandra Hiersemann, Andreas Lotte, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian Ritter, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Isabell Zacharias SPD**

**2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Aufhebung Landesamt für Asyl und Rückführungen und Umwidmung der Mittel
(Kap. 03 11, Kap. 03 08)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Epl. 03 A (Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern und für Integration) wird Kap. 03 11 (Landesamt für Asyl und Rückführungen) mit Mitteln von insgesamt 10.615,8 Tsd. Euro aufgehoben.

Die im Kap. 03 11 Tit. 422 01 für 94 neue Stellen vorgesehenen Mittel von 3.022,2 Tsd. Euro sowie die im Kap. 03 11 Tit. 428 01 für 16 neue Stellen vorgesehenen Mittel von 440,1 Tsd. Euro werden umgewidmet für Stellen der Zentralen Ausländerbehörden im Kap. 03 08 (Regierungen).

Der entsprechende Änderungsantrag zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz liegt vor.

Begründung:

Zur Erledigung der erforderlichen Aufgaben im Zusammenhang mit Asyl und Rückführungen werden die Zentralen Ausländerbehörden bei den Regierungen mit Mitteln von 3.462,3 Tsd. Euro für zusätzliche Stellen gestärkt.

Die weiteren Mittel von 7.153,5 Tsd. Euro werden zur Finanzierung des von den Antragstellern geforderten Sonderprogramms „Miteinander statt gegeneinander: Integration vor Ort stärken“ in das Kap. 10 50 TG 54 – 56 und TG 58 umgesetzt.